



Berlin, 6. Juli 2018

Liebe Leserinnen und Leser,



zum Ende dieser turbulenten und zermürbenden letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause möchte ich die Gelegenheit ergreifen, zum schwer erträglichen Polittheater, das uns von Seehofer, Söder und Co. in den letzten Wochen geboten wurde, Stellung zu beziehen. Meine Ausführungen hierzu finden Sie auf den nächsten Seiten.

Im Eiltempo hat der Bundesfinanzministers Olaf Scholz einen zweiten Regierungsentwurf für den Haushalt 2018 aufgestellt, den wir Abgeordnete dann ebenso zügig wie konzentriert noch vor der parlamentarischen Sommerpause zu Ende beraten haben. Damit endet die lange Phase der vorläufigen Haushaltsführung für Ministerien und Behörden. Alle Programme und Projekte können damit wieder ohne Einschränkungen laufen – eine gute Nachricht für uns alle! Dabei investieren wir in die wichtigen Zukunftsbereiche ohne neue Schulden zu machen, die von zukünftigen Generationen getragen werden müssten.

Während der Haushaltswoche hielt ich am Dienstag eine Rede, in der ich Stellung zu den aktuellen Fragen der Gesundheitsversorgung nahm. Ich befürwortete das dringend notwendige Sofortprogramm der Bundesregierung, um den Personalmangel in der Pflege anzugehen. Auch das geplante Versichertenentlastungsgesetz wird seinem Namen alle Ehre machen. Bei offenen Themen, wie der Forderung nach einem Einwanderungsgesetz für ausländische Fachkräfte oder eine Lösung beim Dauerthema „Direktversicherungen“, erhoffe ich mir ebenso zeitnahe Lösungskonzepte. Nicht zuletzt verlieh ich meiner Forderung nach einer ideologiefreien Debatte über den Konsum von Cannabis Nachdruck. Die vollständige Rede können Sie [hier](#) abrufen.

Ich melde mich mit dem Berlin aktuell im September nach der parlamentarischen Sommerpause wieder. Ich wünsche viel Spaß auf den folgenden Seiten und einen schönen Sommer,

Ihre

In dieser Ausgabe:

| | |
|-----------------------|---|
| IN EIGENER SACHE..... | 3 |
| BUNDESHAUSHALT..... | 4 |
| GENERALDEBATTE..... | 6 |



Foto der Woche



Während meiner Rede am Dienstag (03.07.2018) zu aktuellen Fragen der Gesundheitsversorgung.

Bild: Deutscher Bundestag, Achim Melde

Besuch und Gespräch mit Schülerinnen des Walther-Rathenau-Gymnasiums Schweinfurt am 06.07.2018 im Deutschen Bundestag.

Bild: Büro Dittmar

2

Statement der Woche

„So unflätig, wie Sie sich hier benehmen, kann ich nur sagen: Bei Ihnen bekommt der Begriff Primat der Politik manchmal eine ganz neue Bedeutung.“

Hubertus Heil (SPD), Bundesarbeitsminister, im Bundestag zur AFD-Fraktion

Highlights der nächsten Wochen

| Wann | Wo | Was |
|---|---|---|
| Mo. 09.07. 15:00 Uhr- 17.00 Uhr | Bayrischer Landtag, München | 21. Sitzung des Bayerischen Landesgesundheitsrats |
| Do., 12.07. 10.30 Uhr- 12.00 Uhr | Franz- Miltenberger- Gymnasium, Bad Brückena | Gespräch mit den 10. Klassen im Sozialkundeunterricht |
| Fr. 13.07. 16:00 Uhr- 17.30 Uhr | BBZ Münnerstadt | Abschlussfeier der BBZ Sozialpädagogik |



IN EIGENER SACHE

Liebe Leserinnen und Leser,

zum Ende dieser turbulenten und zermürbenden letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause möchte ich als Ihre Abgeordnete die Gelegenheit ergreifen, zum schwer erträglichen Polittheater der Unionsparteien Stellung zu beziehen.

Es war ein unwürdiges Schauspiel. Unwürdig schon allein deshalb, weil die eigentlichen Beweggründe hinter den Kulissen natürlich nicht sachlicher, sondern rein taktischer Natur waren (und sind). Eine Wahlkampfstrategie, bei der Söder und Seehofer durch ihr Handeln regelrecht den Presslufthammer an das Fundament unserer Koalition, unserer Demokratie und politischen Glaubwürdigkeit angesetzt haben. Meines Erachtens ist der angerichtete Schaden immens.

War es die ursprüngliche Absicht der CSU, sich durch ihr erpresserisches Machtgehabe so deutlich von der Kanzlerin und der CDU abzugrenzen, dass dadurch potenzielle AfD-Wähler für die CSU zurückgewonnen werden können, bin ich davon überzeugt, dass damit genau das Gegenteil erreicht wurde. Das ganze Schauspiel war nur Wasser auf den Mühlen der Politikverdrossenen und Protestwähler und hat der verantwortungsvollen Politik, wie wir sie fordern und betreiben, schweren Schaden zugeführt.

Populistisch hat man bewusst Ängste und Vorurteile geschürt. Schmähworte wie Asyltourismus, Asyl- und Antiabschiebeindustrie zündeln humanitär, kulturell, politisch und ökonomisch. Dies widerspricht eindeutig unseren Grundsätzen einer offenen, demokratischen und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaft.

Die SPD hat sich nun im Koalitionsausschuss durchgesetzt und es konnte eine vernünftige Einigung gefunden werden. Es wird keine geschlossenen Lager und keine nationalen Alleingänge gegeben. SPD und CDU/CSU haben sich im Koalitionsausschuss auf ein Maßnahmenpaket in der Asylpolitik geeinigt. Hierbei konnte sich die SPD in allen wichtigen Punkten durchsetzen.

Konkret heißt das:

Das Recht auf Asyl gilt weiterhin uneingeschränkt. Es gibt eine Lösung mit Europa und nicht gegen Europa, sodass nationale Alleingänge ausgeschlossen werden. Mitgliedstaaten mit besonderen Herausforderungen sollen besser unterstützt werden. Deshalb setzen wir uns im europäischen Verbund für einen effektiveren Schutz der gemeinsamen Außengrenzen ein.

Der jahrzehntelangen sozialdemokratischen Forderung nach einem Einwanderungsgesetz für Fachkräfte wird nachgekommen. Ein entsprechender Entwurf wird noch in diesem Jahr im Kabinett beschlossen werden.

Es wird keine geschlossenen Lager geben. Für die SPD stand dieser Punkt nie zur Debatte. Flüchtlinge, die bereits in einem anderen EU-Staat einen Asylantrag gestellt haben (es handelt sich laut Angaben der Grenzpolizei um 2-5 Personen täglich!), werden in grenznahen Einrichtungen der Bundespolizei innerhalb von 48 Stunden überprüft und in das Land der Asylantragstellung über den Münchner Flughafen rücküberführt. Voraussetzung hierfür ist ein bilaterales Verwaltungsabkommen mit dem betreffenden Land. Der Bundesinnenminister muss in dem nun ausverhandelten Rahmen in Verhandlungen mit anderen europäischen Staaten für bilaterale Abkommen sorgen.

Gesetzliche Änderungen dazu wurden nicht vereinbart, denn alle Maßnahmen können nach geltendem Recht umgesetzt werden. Deshalb sind rechtsstaatliche Verfahren garantiert und wir bemühen uns um die Beschleunigung von Asylverfahren.



BUNDESHAUSHALT

Rekordinvestitionen, keine neuen Schulden: Bundeshaushalt 2018 beschlossen

Der Bundestag hat am Donnerstag in namentlicher Abstimmung den Bundeshaushalt für das laufende Jahr beschlossen. Er sieht Ausgaben in Höhe von 343,6 Milliarden Euro vor (Drs. 19/1700, 19/1701). Es ist in vielerlei Hinsicht ein besonderer Haushalt. Neben etlichen prioritären Maßnahmen wird investiert wie niemals zuvor.

Im Rekordtempo hatte die Bundesregierung unter der Federführung von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) einen 2. Regierungsentwurf für den Haushalt 2018 aufgestellt, den die Abgeordneten ebenso zügig wie konzentriert beraten haben.

Inhaltlich bleiben die haushaltspolitischen Markenzeichen der Großen Koalition einem sozialdemokratischen Ansatz treu:

- Es gibt massive Investitionen in die Zukunft unseres Landes – in Kitas, in Schulen, in Straßen und Eisenbahnen, in den Breitbandausbau, in den Umwelt- und Klimaschutz, in den sozialen Wohnungsbau und in die Städtebauförderung sowie in die Forschung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.
- Die soziale Sicherheit wird gestärkt – mit Verbesserungen bei der Rente, bei der Pflege, beim Unterhaltsvorschuss und Kinderzuschlag, einem großen Programm zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und der Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung.
- Es wird weiterhin keine neuen Schulden geben.

Ein Haushalt für die Zukunft des Landes

Im Koalitionsvertrag haben SPD und Union eine Reihe prioritärer Maßnahmen vereinbart, für die die Koalition in der Wahlperiode insgesamt 46 Milliarden Euro mehr einsetzen will, als in der alten Finanzplanung vorgesehen – mehr für Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung, die Erhöhung von Kindergeld, Kinderfreibetrag und Kin-

derzuschlag, weniger Kita-Gebühren und bessere Betreuungsschlüssel, die Eingliederung Langzeitarbeitsloser, den sozialen Wohnungsbau und die weitgehende Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Aufgrund der Mai-Steuerschätzung rechnet die Koalition sogar mit weiteren 10 Milliarden Euro zusätzlich für die Wahlperiode, davon 2,4 Milliarden Euro im Haushaltsjahr 2018.

In der Debatte im Bundestag bezeichnete Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) den Haushaltsentwurf 2018 als "einen Haushalt, der auf die Zukunft unseres Landes setzt". Dabei spiele die Steigerung der Investitionen eine besondere Rolle. Scholz warb dafür, mit einer Verfassungsänderung die Voraussetzungen zu schaffen, damit der Bund den Ländern und Gemeinden stärker in den Bereichen Schulen, Kitas, Bildung und sozialer Wohnungsbau helfen kann. Das gelte auch mit Blick auf höhere Investitionen beim Klimawandel, für eine bessere Luft und damit auch im öffentlichen Nahverkehr. Zudem leite der Bund mit seinem Haushalt 2018 Erhebliches, um im Bereich Sicherheit und beim Umgang mit dem Migrationsproblem wirksamer zu agieren. Scholz sagte zu, Mittel bereitzustellen, damit die zuständigen Institutionen ihre Aufgaben erledigen können.

Es bleibt festzuhalten: Noch nie gab es solche Investitionssummen im Bundeshaushalt, wie sie für diese Wahlperiode geplant sind: insgesamt rund 180 Milliarden Euro in den Jahren 2018 bis 2022.

Ein Blick auf konkrete Zahlen

Um einen handlungsfähigen Staat zu gewährleisten, gilt für die SPD-Fraktion der sozialdemokratische Gleichklang aus neuen Stellen, besserer Bezahlung und Auflösung von Befristungen. Bereits in diesem Jahr startet eine großangelegte Initiative zum Abbau sachgrundloser Befristungen in der Bundesverwaltung.

- 3075 neue Stellen bei der Bundespolizei und 525 Stellen beim Bundeskriminalamt.
- Verstärkung der Zollverwaltung mit rund 1400 zusätzlichen Stellen und der Aufforderung an die Bundesregierung, in den nächsten drei Jahren weitere 6000 Stellen zu schaffen, inklusive der entsprechenden Bedingungen für die Aufnahme der neuen Mitarbeiter. Das ist zum Beispiel wichtig, um die Kontrollen über die Einhaltung des Mindestlohns effektiv durchzuführen.



- 1650 zusätzliche Stellen plus 4500 Entfristungen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben werden 200 Stellen entfristet und damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehalten, die bei der Verwaltung der Immobilien unersetzbar sind.
- Um die sachgrundlosen Befristungen in der Bundesverwaltung abzubauen, ist neben umfangreichen Stellenbewilligungen zudem das Haushaltsgesetz geändert worden. Bundesbehörden dürfen künftig keine Arbeitsverträge mit sachgrundloser Befristung mehr abschließen, wenn dadurch der Anteil dieser Verträge 2,5 Prozent des Stellensolls der Behörde übersteigen würde. Es wurde höchste Zeit, dass der Bund hier mit gutem Beispiel vorangeht.

Insgesamt lässt sich feststellen: Die Koalition hat einen Haushalt geschaffen, der Ausgabendisziplin und Nullverschuldung verbindet mit sozialdemokratischer Schwerpunktsetzung und einer Verstärkung der Investitionen.

Bereits an diesem Freitag hat das Bundeskabinett den Haushaltsentwurf von Finanzminister Scholz für 2019 beschlossen – bis zum Herbst soll der Bundestag hierüber beraten und ihn schließlich verabschieden.

Haushalt 2018 mit sozialdemokratischem Schwerpunkt

Mit dem Haushalt 2018 bringt die Regierungskoalition Deutschland voran: durch mehr Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung, durch die Förderung von Kindern und Familien und durch mehr soziale Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Damit die öffentliche Verwaltung leistungsfähiger wird, hat die SPD-Fraktion einen, wie es Johannes Kahrs nennt, „sozialdemokratischen Dreiklang“ durchgesetzt: erstens neue Stellen schaffen, zweitens besser bezahlen, drittens Verträge entfristen.

Kahrs, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, kündigt an: „Im Rekordtempo haben wir

den Haushalt 2018 erfolgreich verabschiedet. Als Regierungskoalition ruhen wir uns auf diesem Erfolg nicht aus. Denn schon am Freitag hat das Kabinett den Entwurf von Olaf Scholz für den Haushalt 2019 beschlossen, den wir dann nach der Sommerpause im Bundestag beraten werden.“ Beim Entwurf 2019 würden die Investitionen auf hohem Niveau gehalten: „Rund 38 Milliarden Euro investieren wir bis 2022 Jahr für Jahr in Kitas, Schulen, Verkehrswege, Breitbandausbau, Umwelt- und Klimaschutz, den sozialen Wohnungsbau sowie Forschung und Entwicklung.“

Zum Haushalt 2018 betont Kahrs: „Mit dem Programm ‚Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt‘ geben wir Menschen, die lange arbeitslos sind, eine echte Chance, wieder ins Berufsleben zurückzufinden – für uns Sozialdemokraten eine Frage der gesellschaftlichen Gerechtigkeit. Das Baukindergeld kommt rückwirkend zum 1. Januar 2018 und wird 2019 natürlich fortgeführt. Damit mehr Güterverkehr umweltfreundlich auf der Schiene rollt und nicht die Straßen verstopft, senken wir die Trassenpreise, die sogenannte Schienenmaut, um 350 Millionen Euro pro Jahr. In den Haushaltsberatungen im Parlament haben wir dafür gesorgt, dass wir schon im zweiten Halbjahr 2018 damit anfangen und nicht bis 2019 warten.“

Es wird so viel investiert wie nie zuvor in den sozialen Wohnungsbau, die Verkehrsinfrastruktur und die Bildung. Weil das alles ohne neue Schulden klappt und die Wirtschaft gut läuft, wird die Koalition dieses Jahr noch 2,4 Milliarden Euro in ein Sondervermögen packen, mit dem der Digitalpakt für die Schulen finanziert wird und der weitere Breitbandausbau.

Damit das alles in der Praxis funktioniert, wird die Bundesverwaltung konsequent gestärkt: mit Tausenden neuen Stellen und Ausbildungsplätzen, mit besserer Bezahlung durch Stellenhebungen und mit einer vorbildlichen Reduktion befristeter Verträge.



GENERALDEBATTE

Nahles: „Wir nehmen keine Sachzwänge bei der Rente hin“

Eine neue Dynamik für Deutschland steht auf dem Titelblatt des Koalitionsvertrages zwischen SPD und CDU/CSU. Diese Dynamik wird nun wieder voll Fahrt aufnehmen, versicherte SPD-Fraktionschefin Andres Nahles am Mittwochmorgen in der Generaldebatte des Deutschen Bundestages. Denn die letzten vierzehn Tage gab es, wie Nahles es beschrieb, ein Stottern des Regierungsmotors. Doch nun erwarte die SPD-Fraktion, dass es wieder vorangehe.

Viel zu viel sei an wichtigen Vorhaben liegen geblieben, zum Beispiel das von Bundesfamilienministerin Giffey konzipierte Gute-Kita-Gesetz und auch das Rentenpaket von Sozialminister Heil. Auch das von der SPD-Fraktion in den Koalitionsvertrag hineinverhandelte Einwanderungsgesetz müsse nun schnellstmöglich auf den Weg gebracht werden. Es soll noch dieses Jahr vom Kabinett beschlossen werden.

Nahles will dem „Prinzip der Leistungsgerechtigkeit wieder mehr Schwung“ geben, wie sie es beschrieb. Der Haushalt 2018 der Koalition stelle dafür die Weichen. Sie nannte die Stärkung des Rechtsstaates, nämlich dass Recht nicht nur gesetzt, sondern stets auch durchgesetzt werde.

Handlungsfähiger Staat

Insbesondere sei es nun notwendig, das Thema Rente anzupacken. Nahles: „Wer lebenslang eingezahlt hat, muss auch selbst am Ende ein auskömmliches Leben haben. Die Kaufkraft muss erhalten bleiben.“

Deshalb werde das Rentenniveau gesetzlich abgesichert. Für Nahles steht fest: „Wir akzeptieren keinen Sachzwang eines sinkenden Rentenniveaus.“ Überhaupt müsse die Sachzwanglogik durchbrochen werden. „Wir müssen nicht hinnehmen, dass steigende Mieten den Lebensstandard auffressen. Wir müssen nicht hinnehmen, dass ländliche Regionen aussterben.“

Die Koalition stehe für einen handlungsfähigen Staat. Als Beispiel nannte sie einen neu geschaffenen Finanztopf für den Strukturwandel, etwa in

der Lausitz. Die Menschen dort dürften nicht zurückgelassen werden.

Die Fraktionschefin stellte klar: „Wir wollen in diesem Land gestalten. Wir nehmen keine Sachzwänge hin. Wir sind bereit, unseren selbstgesetzten Anspruch ‚Aufbruch, Dynamik und Zusammenhalt‘ auch weiterhin mit aller Kraft voranzutreiben.“